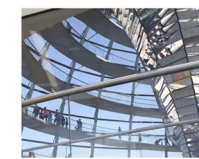




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

20. September 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

einen herzlichen Glückwunsch an **Michael Müller, dessen Berliner SPD wieder die stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus sein wird!** Dieser Ausgang der Wahl ist erfreulich, wenn auch das Wahlergebnis es nur in Teilen ist: Wie auch schon bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gingen zu viele Stimmen an die AfD und das Abgeordnetenhaus wird sich mit einer relativ starken AfD-Fraktion auseinandersetzen müssen.

Auch Berlin, aber diesmal Bundespolitik: „Wir werden einen heißen Herbst haben“, hat Andrea Nahles in der vorangegangenen Sitzungswoche gesagt und sie hat Recht. **Viele große Gesetzesvorhaben**, die uns sehr wichtig sind, werden in diesen Wochen in den Bundestag eingebracht. Diese Woche geht es los zum Beispiel mit der **Reform der Leiharbeit** und dem **Bundesteilhabegesetz**. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Die Woche hat für mich gestern mit einem Tag in Wolfsburg beim **SPD-Parteikonvent zu CETA** begonnen. Und das war ein erfreulicher Termin – denn wir haben eine wirklich sehr gute, sachliche Debatte geführt, an deren Ende der Konvent dem Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit zustimmen konnte. Ausschlaggebend dafür waren deutliche Verbesserungen, die Sigmar Gabriel gemeinsam mit der kanadischen Regierung erreichen konnte. Das eigentlich schon fertig ausgehandelte Abkommen ist so auf SPD-Initiative noch einmal erheblich verbessert worden. Zum Beispiel wird es die oft kritisierten privaten Schiedsgerichte nicht mehr geben, sondern einen internationalen Handelsgerichtshof mit öffentlich bestellten Richtern. Standards im Umweltschutz und bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten werden angehoben und wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Wasserversorgung) geschützt. Und: Vor der vorläufigen Anwendung von CETA wird es noch einen ausführlichen Anhörungsprozess zwischen EU-Parlament, Nationalparlamenten und gesellschaftlichen Gruppen geben.

Das ist ein guter Kompromiss. Ich finde es richtig, dass wir die Chance nutzen, den Welthandel mit zu gestalten – und dass Skeptiker und Befürworter weiter miteinander reden!

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Euse / Anne Brigitte Zypries

+++ Veranstaltungstipp +++

Gerechtigkeitskonferenz

Ein Jahr vor der Bundestagswahl diskutiert die SPD intensiv über das Thema **„Neue Gerechtigkeit“**. Dazu gehören Themen wie Steuergerechtigkeit, Mitbestimmung, Einbindung von Solo-Selbstständigen in die Sozialversicherungssysteme, Bildung, Kindergeld und Betreuung von Kindern, Gleichstellung und vieles mehr.

Wir wollen diese Debatte mit Euch führen und laden deshalb zur Diskussion ein:

Am **Mittwoch, 5. Oktober, 18.30 Uhr**
im Justus-Liebig-Haus Darmstadt, Große Bachgasse 2.

Juliane Seifert, die Bundesgeschäftsführerin der SPD, wird ein Eingangsstatement geben. Mit Euch diskutieren dann **Heike Hofmann, Dr. Jens Zimmermann** und **Brigitte Zypries**.



+++ Informationsveranstaltung +++

ICE-Neubaustrecke

Diese Woche geht es im Bundestag auch um den Bundesverkehrswegeplan 2030. In diesem Vorhabenpaket für Verkehrsinfrastruktur steht auch die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar. Im Zusammenhang mit diesem Projekt diskutieren wir schon seit einiger Zeit die verschiedenen Möglichkeiten der Anbindung Darmstadts.

Jetzt wird es eine erste **Informationsveranstaltung zur geplanten Bürgerbeteiligung** geben: Die DB Netz AG stellt, gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, sowie dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, ihr Konzept vor. Alle Anwesenden haben die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Anregungen zum weiteren Vorgehen zu geben.

Freitag, 30.9.2016, 16.00 Uhr

TU Darmstadt, Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt, im **Audimax-Hörsaal**, Gebäude S1|01 Raum A1 .

Bundesteilhabegesetz

Am Donnerstag wird der **Entwurf der Regierung zum Bundesteilhabegesetz in die erste Lesung** gehen. Das Gesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen dieser Legislaturperiode, denn es soll **weitere Möglichkeiten und mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen** schaffen. Die Bedeutung des Gesetzes wird mit einem Blick auf die Statistik deutlich: In Deutschland leben 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen. Bereits im März 2009 ist das **Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung** in Deutschland in Kraft getreten. Seitdem wird fortwährend an der Weiterentwicklung der gleichberechtigten Teilhabe gearbeitet.

Mit der ersten Lesung beginnen nun die Beratungen im Parlament zum Entwurf. Auch ich bin im Moment in regem Austausch mit Menschen, die sich mit dem Thema gut auskennen: Zum Beispiel war ich letzte Woche in der **Nieder-Ramstädter Diakonie** und schon Ende August traf ich die **Schwerbehindertenvertretung der Firma Merck** in Darmstadt. Solche Gespräche sind immer sehr wertvolle Gelegenheiten zu erleben, wie es „im wahren Leben“ aussieht und was diejenigen zu sagen haben, die ein Gesetz direkt betreffen wird.

Welche Maßnahmen sieht nun der Gesetzesvorschlag der Großen Koalition vor? Zum einen soll die **Einkommens- und Vermögensanrechnung** verbessert werden: Mit dem neuen Verfahren wird ab 2020 die Anrechnung des Partnereinkommens und –vermögens wegfallen. Und auch eine zusätzliche Barvermögensfreigrenze entsteht, sodass für Menschen mit Behinderungen ein deutlich größerer finanzieller Spielraum geschaffen wird.

Ein wichtiges Anliegen ist uns die **Unabhängigkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe von denen des Lebensunterhalts**: Die Eingliederungshilfe war bisher vom Ort der Unterbringung abhängig. Nun richten sich die Leistungen am individuellen Bedarf aus, unabhängig davon, wo jemand wohnt.

Die Bundesregierung hat sich noch ein weiteres Ziel gesetzt: **das Antragssystem soll deutlich vereinfacht werden**. Zukünftig ist die separate Beantragung von Unterstützungen aus der Eingliederungshilfe bei verschiedenen Leistungsträgern nicht mehr notwendig. Dazu soll es neue, unabhängige Beratungsstellen geben, in denen zudem vor allem ebenfalls behinderte Menschen andere Menschen mit Behinderungen beraten.

Da sich Teilhabe nach unserem Verständnis auf **alle Lebensbereiche** bezieht, wollen wir auch Verbesserungen in allen Lebenswelten schaffen. Neben der Förderung inklusiver Arbeit – der Zusammenarbeit von Beschäftigten mit und ohne Behinderung – sollen künftig noch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bereit-



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Bilder:

Thomas Ecke/Berlin (S. 2.)

Lina Kramer (S. 3)

gestellt werden, die an die individuelle Leistungsfähigkeit angepasst sind. Mit Assistenzleistungen für höhere Studienabschlüsse schaffen wir Teilhabe in den Bereichen Bildung und Soziales. Außerdem planen wir einen eigenen Tatbestand für Elternassistenz. Das ist gut, denn so **erhalten Eltern einen Anspruch auf Leistungen zur Versorgung und Betreuung ihrer Kinder mit Behinderung**. Auch die Früherkennung von drohenden Behinderungen, an die präventive Maßnahmen anschließen, ist ein wichtiger Baustein.

Das parlamentarische Verfahren wird zwar im Dezember 2016 seinen Abschluss finden, jedoch stellt der Bund jährlich Mittel zur Evaluierung sowie zur Begleitung der Einführung bereit, sodass sich die sozialpolitische Reform sicher noch weiterentwickeln wird.

Leiharbeit und Werkverträge

Am Donnerstagvormittag beraten wir den Entwurf des „Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“. Damit soll eine weitere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden: Die **Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit**. Es ist klar: Wir brauchen sowohl Leiharbeit als auch Werkverträge. Solche Instrumente machen unsere Wirtschaft flexibler und sichern auf lange Sicht Arbeitsplätze und schaffen neue. Aber es ist genauso klar, dass eine Grenze überschritten ist, wenn sie eingesetzt werden, um Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne zu machen und wenn sie Stammarbeitsplätze gefährden. Und solche Fälle sind in den letzten Jahren leider oft vorgekommen.

Das Gesetz soll nun ganz **klare rechtliche Rahmenbedingungen** dafür schaffen, wie Leiharbeiter und Werkverträge eingesetzt werden dürfen. So gibt es Sicherheit für alle Seiten. Zum Beispiel sollen **Leiharbeiter künftig nur noch für eineinhalb Jahre** eingesetzt werden dürfen. Nach spätestens neun Monaten haben sie **Anspruch auf gleichen Lohn** wie vergleichbare Stammbeschäftigte. Es wird **verboten, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen**. Außerdem wird klar geregelt, was abhängige und was selbstständige Tätigkeit ist – so soll verhindert werden, dass Arbeitgeber vermeintliche Werkverträge einsetzen um arbeitsrechtlichen Regeln auszuweichen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen.

Klare gesetzliche Mindeststandards bringen wirtschaftlichen Erfolg und sorgen für mehr Gerechtigkeit!